

Mindestens 300 Schutzsuchende: Regierung plant für weiteren Anstieg

Ukraine Konflikt Seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hat es bereits 149 Geflohene aus dem europäischen Kriegsgebiet nach Liechtenstein verschlagen. Je nach Verlauf des Krieges dürfte deren Zahl in den kommenden Monaten noch einmal deutlich steigen. Die Regierung bereitet sich vor.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Prognosen sind schwierig, die Situation in der Ukraine bleibt unübersichtlich. Doch wenn die bisherigen 149 Gesuche von Geflohenen aus der Ukraine hierzulande ein Indikator sind, ist mit zunehmender Dauer der Kampfhandlungen noch mit einem deutlichen Anstieg der Zahl an Menschen zu rechnen, die Liechtenstein als sicheren Hafen ansteuern werden. Aktuell geht die Regierung deshalb von mindestens 300 weiteren Schutzsuchenden aus, die es in den kommenden Monaten nach Liechtenstein verschlagen wird. Dies umfasst Ukrainer, aber auch Drittstaatsangehörige, die einen Aufenthaltstitel in der Ukraine hatten. Der Grossteil davon auch weiterhin Frauen und Kinder. Je nach weiterem Verlauf der Krise müssen diese Zahlen aber wahrscheinlich nochmals wesentlich nach oben korrigiert werden.

In Perspektive: Insgesamt verzeichnet das Ausländer- und Passamt (APA) bis Ende März dieses Jahres 166 Asyl- und Schutzgesuche. Dies ist der höchste Wert der letzten zehn Jahre. Bereits im März wird der langjährige Jahreshöchstwert von 165 im Jahr 2018 überschritten. Dies bringt gewisse Herausforderungen mit sich, weshalb sich die Regierung gemeinsam mit der für Betreuung und Unterbringung zuständigen Flüchtlingshilfe (FHL) bereits jetzt entsprechend auf verschiedenen Szenarien vorbereiten will.

Weitere Unterkünfte vorbereitet

Um diese ausserordentliche Situation bewältigen zu können, bereitet das Land gemeinsam mit den Gemeinden weitere Unterbringungsmöglichkeiten vor. Aktuell seien die Kapazitäten für die Unterbringung ausreichend, teilt die Regierung in ihrer Aussendung mit. So seien derzeit 130 Plätze - darunter auch das Ruggeller Vereinshaus (das «Volksblatt» berichtete) verfügbar. Weitere sollen im Laufe der kommenden Wo-



Die Räumlichkeiten des Vereinshauses in Ruggell sind bereits mit 26 Frauen und Kindern aus der Ukraine voll belegt (Foto: Michael Zanghellini)

chen folgen. Ankommende Personen werden nach der Registrierung beim APA und Anmeldung bei der Flüchtlingshilfe - soweit sie nicht bei Verwandten oder Bekannten bleiben können - im Aufnahmezentrum aufgenommen und dort erstversorgt. Nach einigen Tagen erfolgt die Verteilung durch die FHL auf weitere Liegenschaften. Durch diesen zentralen und koordinierten Ansatz liessen sich die vorhandenen Ressourcen bestmöglich einsetzen, betont die Regierung.

Vorerst keine private Unterbringung

Für die Planung künftiger Kapazitäten begrüsst die Regierung auch das private Engagement vieler Menschen in dieser Krise. So seien bereits über 80 Unterbringungsange-

bote von Privaten bei der FHL eingegangen. Auf diese Angebote solle jedoch erst dann zurückgegriffen werden, wenn die staatlichen Kapazitäten nicht mehr ausreichen, betont die Regierung und bittet Private, es sich im Vorfeld gut zu überlegen, ob und wie einzelne Haushalte auf eine Situation vorbereitet sind, die nicht nur emotional anspruchsvoll ist, sondern auch über einen längeren Zeitraum andauern kann. Sie empfiehlt zudem, unbekannte Menschen nicht auf Privatinitiative direkt bei sich aufzunehmen, sondern zunächst den Weg über die behördlichen Stellen zu gehen.

Perspektive durch Schutzstatus

Um den Menschen aus der Ukraine neben einer Unterkunft auch

schnellstmöglich eine Perspektive zu bieten, hat die Regierung zudem Mitte März den vorübergehenden Schutzstatus (S) für Geflohene aus der Ukraine aktiviert. Dadurch haben Geflüchtete nach der Registrierung beim APA ein befristetes Aufenthaltsrecht in Liechtenstein. Personen mit vorübergehendem Schutz haben weitgehend dieselben Rechte wie Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene.

Sie erhalten Fürsorgeleistungen, Taschengeld, Unterbringung und Betreuung, und die im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung anfallenden Prämien und Kostenbeteiligungen werden übernommen. Der Schutzstatus erlaubt es schulpflichtigen Kindern, die Schule zu besuchen und Erwachsenen, einer

Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Regierung prüfe deshalb gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Sozialpartnern auch die Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine erleichterte Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Personen mit Schutzstatus S und einem gültigen Reisepass können zudem ohne Bewilligung des APA ausreisen und wieder nach Liechtenstein zurückkehren.

Sie wollen helfen?

Die FHL nimmt neben Meldungen für Wohnraum auch solche für sonstige Hilfsangebote von Privaten, z. B. Dolmetschen, Freizeitaktivitäten usw., entgegen. Entsprechende Angebote können per E-Mail an info@fluechtlingshilfe.li geschickt werden..

Regierung empfiehlt Selbstisolation nach positivem Coronatest

Aufruf Ab Freitag gibt es bei einer Covid-19-Erkrankung keine amtlich verordnete Isolation mehr. Die Pandemie sei jedoch nicht vorbei, betont die Regierung: Es stecken sich jeden Tag viele Personen mit dem Virus an.

Personen mit Krankheitssymptomen seien weiterhin aufgerufen, sich testen zu lassen und sich nun eigenverantwortlich zu isolieren, um Ansteckungen zu vermeiden.

Das aktive Contact Tracing wird laut einer Mitteilung der Regierung ebenfalls per Ende März eingestellt, ab dem 1. April werden keine Anordnungen und Aufhebungen zur Isolation mehr verschickt. Alle positiv getesteten Personen erhalten demnach jedoch weiterhin ein Genesungszertifikat nach EU-Vorgaben, das ab dem 11. Tag nach dem positiven Laborbefund und für 180 Tage ab dem Laborbefund gültig ist.

Auf der Labormeldung zum positiven Befund sei ein Link auf eine Information des Amtes für Gesundheit zur empfohlenen eigenverantwortlichen Selbstisolation aufgeschaltet. «Ziel der Selbstisolation ist es, dass der Kontakt zu anderen Menschen - auch im Freien - möglichst vermieden wird, Menschenansammlungen gemieden werden und dass bei Kontakt mit anderen Menschen eine Maske (wenn möglich: eine FFP2-Maske) getragen wird», schreibt die Regierung. Gemeinsam mit anderen Menschen genutzte Räume sollen regelmässig und gründlich gelüftet werden. Diese Empfehlungen gelten auch für positiv getestete Personen, die keine Krankheitssymptome haben. Unverändert gilt weiterhin, dass Personen, die über ihren Gesundheitszustand besorgt sind und sich beraten lassen möchten, sich an ihre Hausärztin bzw. an ihren Hausarzt oder an den ärztlichen Notfalldienst +423 230 30 30 wenden sollen.

Zentrale Corona-Hotline

Neu sei ab Freitag beim Amt für Gesundheit unter der Nummer der bisherigen Impfhotline +423 236 76 45 eine zentrale Corona-Hotline einge-



(Symbolfoto: SSI/Justlight)

richtet. Bei dieser Nummer werden verschiedene Themen zusammengefasst: «Es können dort Fragen zur empfohlenen Selbstisolation, zu Impfterminen und zu Zertifikaten gestellt werden. Aufgrund der aktuellen Lage und des weitgehenden Wegfalls von verpflichtenden Vorgaben wird diese Hotline an Bürotagen jeweils am Vormittag besetzt sein», schreibt die Regierung. Eine Infektion mit einer der aktuell vorherrschenden Virusvarianten ohne zusätzliche Impfung führe indes

nicht zu einer ausreichenden Immunität und somit nicht zum Schutz vor Infektionen mit anderen Virusvarianten und potenziell schwerwiegenden Krankheitsverläufen. Personen, die von einer Covid-19-Erkrankung genesen sind, empfiehlt die Regierung daher weiterhin, sich impfen zu lassen. «Ein vollständiger Impfschutz schützt vor länger anhaltenden oder verzögert auftretenden Beschwerden im Rahmen einer Post- oder Long-Covid-Erkrankung», schreibt die Regierung. (red/ikr)

Coronavirus

92 Neuinfektionen wurden gemeldet

VADUZ Innerhalb eines Tages wurden 92 weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Innerhalb der vergangenen sieben Tage wurden durchschnittlich 88,1 neue Infektionen pro Tag gemeldet. In den sieben Tagen zuvor waren es im Durchschnitt täglich 119,3 neue Infektionen. Aktiv mit dem Coronavirus infiziert sind aktuell 367 Personen, davon befanden sich Stand Mittwochabend 7 Personen im Spital. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 16 378 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 15 927 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 84 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 1576 Infektionen. Die 7-Tages-Inzidenz entspricht im Verlauf dem 7-Tages-Durchschnitt - lediglich ist die Inzidenz zwecks internationaler Vergleiche auf 100 000 Einwohner hochgerechnet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz beläuft sich auf 3709 Infektionen. Das heisst, in den vergangenen 14 Tagen wurden 3709 Personen, hochgerechnet auf 100 000 Einwohner, positiv getestet. (red)